

PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt

Michael Wittmann
089 / 2620715-02
presse@vdpb-bayern.de

Thema Pflege spielt im Bundestagswahlkampf keine Rolle mehr Parteien im Bund haben die beruflich Pflegenden vergessen / Aiwanger disqualifiziert sich mit Idee, Langzeitarbeitslose in der Pflege einzusetzen, als Ansprechpartner für die professionelle Pflege

München, 14.09.2021 – Erst als Schicksalsthema für die nächste Bundesregierung platziert und im Anschluss sang- und klanglos ignoriert. So erleben beruflich Pflegenden nach Ansicht der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) den aktuellen Bundestagswahlkampf der Parteien. Applaus vom Balkon, warme Worte aus allen Parteien und die Betonung, wie wichtig die pflegerische Versorgung der Menschen im Land auch nach der Pandemie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei. Von zahlreichen vollmundigen Zusagen ist noch nichts Zählbares im Alltag der Berufsgruppe angekommen. Weder verbesserte Arbeitsbedingungen, noch bessere Gehälter oder mehr qualifizierte Kolleginnen und Kollegen. Auch in der neuen Ausbildung krankt es weiterhin an vielen Stellen.

Schaut man auf die aktuellen Themen im Bundestagswahlkampf, müssen Pflegekräfte ernüchert feststellen, dass diese Probleme die Bundespolitik auch nicht mehr zu interessieren scheinen. Lebensläufe und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen spielen im Wahlkampf eine wichtigere Rolle als die pflegerische Versorgung der Menschen im Land und die Menschen, die diese Arbeit leisten. Von der vielfach angekündigten Aufbereitung der Corona-Pandemie keine Spur. Mit wenigen Ausnahmen in der bayerischen Landespolitik lässt niemand ernsthaftes Interesse erkennen, Lehren aus der Pandemie zu ziehen.

Und als ob dies nicht bereits schwierig genug wäre, erinnert sich Wahlkämpfer und Staatsminister Hubert Aiwanger von den Freien Wählern an Langzeitarbeitslose und eine bereits häufig gescheiterte Idee, mit ihnen gegen die eklatanten Versorgungsprobleme in der Pflege vorzugehen. Getreu dem Motto „Pflegen kann jeder“ beweisen die Freien Wähler damit endgültig, dass sie für eine inhaltliche Diskussion zum Thema Pflege nicht geeignet sind und Bayerns stellvertretender Ministerpräsident sich und seine Partei dafür disqualifiziert. Für alle beruflich Pflegenden im Land können sie somit kein adäquater politischer Ansprechpartner mehr sein.

Die Probleme der Profession Pflege löst man nicht mit alten pauschalen Rezepten. Vielmehr bedarf es neuer und mutiger Veränderungen, um einen Pflegekollaps noch zu verhindern. Neben attraktiven

Arbeitsbedingungen müssen dies vor allem die Übertragung von mehr Verantwortung, die Schaffung neuer Aufgabenfelder und ein klares Bekenntnis zur Selbstverwaltung für beruflich Pflegende sein.

Die VdPB fordert daher alle Parteien im Land dringend auf, die letzten Tage vor der Bundestagswahl nochmals zu nutzen, sich mit den berechtigten Forderungen der beruflich Pflegenden auseinanderzusetzen. Die Politik ist es denjenigen, die immer noch eine Hauptlast der Corona-Pandemie (er-)tragen, und den vielen erkrankten oder gar verstorbenen Kolleginnen und Kollegen schuldig, sich endlich ernsthaft und konsequent mit den vielfältigen Problemen zu beschäftigen. Beruflich Pflegende haben ein Anrecht auf klare Aussagen und fundierte Konzepte für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung und die nachhaltige Verbesserung ihrer Arbeitssituation. Den Worten müssen Taten folgen – egal wer die nächste Bundesregierung stellt.

Die VdPB

*Die **Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und ein unabhängiges Sprachrohr von und für professionelle Pflegekräfte in Bayern. Die VdPB wurde 2017 auf Grundlage des vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Pflegendenvereinigungsgesetz gegründet und hat unter anderem die Aufgabe, die Qualität der Pflege weiterzuentwickeln – sowohl im Interesse der Berufsgruppe als auch für die Versorgungssicherheit für die Menschen in Bayern. Dazu wirkt die VdPB an Gesetzgebungsverfahren mit und vertritt die Pflegenden in Gremien wie beispielsweise dem Landespflegeausschuss. Zudem berät sie ihre Mitglieder kostenlos in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Fragen und engagiert sich für die Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden. Die VdPB ist außerdem die für die Registrierung der Praxisanleitungen in der Pflege und die Erfassung der Fortbildungsnachweise für Praxisanleitungen zuständige Behörde. Seit dem 01. Januar 2021 ist die VdPB auch zuständig für die Regelung der pflegerischen Weiterbildung nach AVPfleWoqG. Die Mitgliedschaft in der VdPB ist für professionell Pflegenden freiwillig und kostenlos. Präsident der VdPB ist Georg Sigl-Lehner.*